

## Gliederungsübersicht

	Seite
A. Anlaß und Aufgabe der Untersuchung	1
I. Der Anlaß	1
II. Die Aufgabe	3
 B. Ausmaß und Tendenzen bildungsrelevanter Aktivitäten der Europäischen Gemeinschaft - Zur Entwicklung der Gemeinschaft zu einer Bildungsgemeinschaft	 4
Erster Abschnitt: Inhalte und Strukturen des europäischen Bildungsrechts	4
I. Vorbemerkung	4
II. Vertragliche Vorschriften mit Bezug zum Bildungswesen	5
III. Der Befund des sekundären Gemeinschaftsrechts	7
1. Bildungspolitische Verlautbarungen	7
a) Das bildungspolitische Konzept	8
b) Konkretisierung in Einzelbereichen	10
aa) Schulische Grundbildung	10
bb) Berufs- und -weiterbildung von Arbeitskräften in der Wirtschaft	12
cc) Hochschulbildung	13
c) Rechtserhebliche Merkmale	14
2. Finanzierungsprogramme	15
a) Übersicht	15
b) Rechtserhebliche Merkmale	16
3. Verordnungen und Richtlinien	18
a) Verordnungen	18
b) Richtlinien	19

	Seite
IV. Die Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften	22
1. Der Abbau nationaler Diskriminierung für EG-Ausländer	22
a) Frühzeitige Abweisung nationaler Einwände gegen eine mobilitätsfördernde Gleichbehandlung (Casagrande/ Alaimo)	22
b) Folgerungen für Wanderarbeitnehmer und Angehörige	23
aa) Offenstehende Bildungseinrichtungen des Auf- nahmestaates	23
bb) Teilhabe an nationalen Förderungsleistungen	24
cc) Anforderungen an die Anspruchsberechtigten	25
c) Die Mobilisierung des allgemeinen Diskriminierungs- verbotes (Art. 7 EWGV)	25
aa) Typische Merkmale der Rechtsprechung	26
bb) Einzelfragen der Reichweite des Art. 7 EWGV	27
d) Rechtsprechung im Rahmen der Art. 48 ff. und 52 ff. EWGV	29
aa) Begrenzte Anerkennung der Gleichwertigkeit von Ausbildungsabschlüssen der Mitgliedstaaten	29
bb) Kein nationaler Vorbehalt für (beamtetes) Aus- bildungspersonal	29
2. Die Kompetenz der Gemeinschaft zu einer eigenständig- gestaltenden Bildungspolitik	31
a) Der Klageanlaß für die Urteile Erasmus und Petra	32
b) Die Argumente der Parteien und Streithelfer	32
c) Die Auffassung des EuGH	34
 Zweiter Abschnitt: Entwicklungsfaktoren der europäischen Bildungspolitik	 36
I. Weiterer Untersuchungsgang	36
II. Bemerkungen zum tatsächlichen Ausmaß der gemeinschaftlichen Bildungspolitik	36
III. Vertragskonforme Einwirkungsmöglichkeiten auf das nationale Bildungswesen	38

	Seite
1. Die rechtliche Bedeutung bildungspolitischer Verlautbarungen	39
a) Konsensbildende Funktion	39
b) Der bildungspolitische Konsens als Auslegungskriterium und Anstoß für Harmonisierungsbestrebungen	41
2. Die Befugnis zur Aufstellung allgemeiner Grundsätze der Berufsausbildung (Art. 128 EWGV)	43
a) Das Berufsausbildungskonzept des Art. 128 EWGV	43
b) Regelungsmodus	46
c) Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit als weitere Kompetenzausübungsschranken	49
3. Befugnisse zur Förderung der Ausbildungsfreiheit	51
a) Die Herstellung der Freizügigkeit nach Art. 48 ff. EWGV	51
b) Art. 57 EWGV	52
c) Art. 7 Abs. 2 EWGV	53
4. Art. 235 EWGV	54
 IV. Das Gewicht der Rechtsprechung des EuGH	 55
 V. Gesamtbeurteilung	 56
 C. Bundesstaatliche Probleme der europäischen Bildungspolitik - Zur Bewahrung des föderalen Prinzips in der Bundesrepublik Deutschland	 61
 Erster Abschnitt: Die Ausgangslage	 61
 I. Untersuchungsgang	 61
 II. Überlegungen zur Sicherung der Länderkompetenzen auf EG-Ebene	 62
1. Zur Möglichkeit einer eindeutigen Abgrenzung EG-rechtlicher und landesrechtlicher Bildungskompetenzen	62
2. Verhandlungsführung und Votum bei bildungspolitischen Beschlüssen	64
a) Das Problem	64
b) Rechtliche Beurteilung	64
3. Nichtigkeitsklagen der Bundesländer nach Art. 173 Abs. 2 EWGV	66

	Seite
III. Innerstaatliche Kompetenzeinbußen als Folge des europäischen Bildungsrechts	68
1. Bund-/Länderkompetenzen	68
a) Schulrecht	68
b) Hochschulrecht	69
c) Berufsaus- und -weiterbildung, insbesondere von Arbeitskräften in der Wirtschaft	71
d) Aufenthaltsrecht, Ausbildungsförderung, Beamtenrecht	72
2. Mitwirkung der Länder an der Gesetzgebung des Bundes	74
3. Horizontale Gewaltenteilung	75
a) Zuständigkeitsverluste der Parlamente	75
b) Zuständigkeitsverluste der Exekutive	76
Zweiter Abschnitt: Die Grenze bundesstaatlicher Mutationen bei fortschreitender europäischer Integration	77
I. Die Einschlägigkeit des Art. 79 Abs. 3 GG	77
1. Argumentationsstand	77
a) Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	77
b) Schrifttum	78
2. Allgemeine Überlegungen zu den bundesstaatlichen Essentialia im Prozeß der europäischen Integration	80
a) Art. 79 Abs. 3 GG als Orientierungsmarke	80
b) Bemerkungen zum Umfang und zur Methode der Kon- kretisierung	81
II. Mutationen im Bildungsbereich	82
1. Staatlichkeitsverluste der Länder	82
a) Kulturhoheit	82
aa) Stellenwert für die Landesstaatlichkeit	82
bb) Zum Ausmaß der Beeinträchtigung	83
b) Horizontale Gewaltenteilung	85
2. Mitwirkungsverluste an der Bundesgesetzgebung	85
3. Gewichtsverlagerung im Bund-Länder-Verhältnis	86
4. Schlußbemerkung	87

	Seite
Dritter Abschnitt: Vorsorge gegen Systemverschiebungen	87
I. Ausgleichspflichten im Bund-Länder-Verhältnis	87
1. Anknüpfungspunkte	88
2. Maßstäbe	89
a) Das Problem	89
b) Für die Ausgleichspflicht relevante Maßstäbe	90
3. Einordnung in den verfassungsrechtlichen Kontext	95
a) Durch Verfassungsinterpretation	96
b) Verfassungsänderung	97
aa) Bisherige Praxis der Verfassungsorgane und Auffassungen im Schrifttum	97
bb) Rechtliche Beurteilung	98
4. Bewertung der Länderbeteiligung unter Berücksichtigung des Bildungswesens	101
5. Rechtsschutzfragen	104
II. Ausgleich für Kompetenzverluste der (Landes-)Parlamente	107
1. Ausgangslage	107
2. Ausgleich für Kompetenzverluste durch Bindung der Regierungen an den Parlamentsstandpunkt	108
3. Rüstung der Parlamente für Europa	109
D. Rechtspolitischer Ausblick	111
E. Zusammenfassung	114
Spezialschrifttum	130